

Sicherung der finanziellen Zukunft von Studierenden in Sachsen-Anhalt: Eine gemeinsame Verantwortung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit tiefer Besorgnis betrachten wir die bevorstehende finanzielle Mehrbelastung für Studierende, die durch die Integration des Deutschlandtickets in den Semesterbeitrag entsteht. Studierende sehen sich bereits jetzt mit kontinuierlich steigenden Kosten für Miete, Lebenshaltung und Studienmaterialien konfrontiert. Die zusätzliche Kostensteigerung durch das verpflichtende Deutschlandticket verschärft die ohnehin prekäre finanzielle Lage vieler Studierender signifikant.

In Sachsen-Anhalt stehen Studierende vor multiplen Herausforderungen, wobei die Sicherung des finanziellen Lebensunterhalts die gravierendste darstellt. Die Einführung des Deutschlandtickets bedeutet eine weitere substanzielle finanzielle Belastung für Studierende, die bereits mit erheblichen Lebenshaltungskosten zu kämpfen haben. Besonders vulnerabel sind internationale Studierende, die häufig über deutlich geringere finanzielle Ressourcen verfügen als ihre deutschen Kommilitonen. Die angespannte Wohnsituation in den Studentenwohnheimen exazerbiert diese Problematik zusätzlich. Für die aktuell 50.998 Studierenden an den öffentlichen Hochschulen und Universitäten in Sachsen-Anhalt stehen lediglich 4.654 Wohnheimplätze zur Verfügung, was einem Versorgungsgrad von nur 9,1% entspricht. Diese Unterversorgung zwingt eine Vielzahl von Studierenden, sich auf dem kostenintensiven privaten Wohnungsmarkt zu orientieren.

Die eskalierenden finanziellen Belastungen setzen Studierende unter immensen Druck. Neben der Herausforderung, ihr Studium erfolgreich zu absolvieren, sind viele gezwungen, parallel ihre Existenz zu sichern. Insbesondere für internationale Studierende ohne elterliche Unterstützung oder ein minimales soziales Netzwerk in Deutschland stellt dies eine extreme Belastung dar. Simultan mangelt es in öffentlichen Einrichtungen und privatwirtschaftlichen Betrieben an adäquaten Stellen für studentische Hilfskräfte und Werksstudierende.

Die Schaffung solcher fair entgüteten Stellen würde nicht nur den Studierenden in Sachsen-Anhalt die Möglichkeit bieten, ihre finanzielle Existenz zu sichern, sondern auch einen effektiven Ansatz darstellen, um dem akuten Arbeitskräftemangel in Sachsen-Anhalt entgegenzuwirken. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Unternehmen könnten von einer frühzeitigen Arbeitnehmerbindung profitieren und somit die am Ende ihres Studiums ausgebildeten Fachkräfte langfristig in ihren Organisationen halten. Dies würde der Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Sachsen-Anhalt nachhaltig und effektiv entgegenwirken.

Die Hochschulen, Universitäten und die Landespolitik stehen in der Verantwortung, ein sozial gerechtes und finanziell tragfähiges Studium zu ermöglichen. Eine strukturelle Absicherung durch die Schaffung zusätzlicher fairer studentischer Arbeitsplätze wäre ein essenzieller Schritt, um die drohende soziale Schieflage abzuwenden und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen,



Tim Harzer
2. Sprecher Öffentliches
Studienrätekonferenz Sachsen-Anhalt